

Helmut Bley, Helmut und Schleicher, Dr. Hans-Georg:

Deutsch-Deutsch-Namibische Beziehungen 1960-1990

Vorgeschichte und Hintergrund

In diesem Beitrag sollen die Beziehungen Deutschlands – und damit der beiden deutschen Staaten – zu Namibia im wesentlichen seit 1960 behandelt werden. Es ist die Geschichte sehr ungleicher Beziehungen, die zum einen durch sehr unterschiedliche politische Ansätze, zum anderen aber auch durch das ungleich größere politische und ökonomische Gewicht der alten Bundesrepublik, die letztlich auch im vereinigten Deutschland bestimmend blieb, geprägt waren. Die Geschichte der Beziehungen der DDR zu Namibia beschränkte sich im Wesentlichen auf ihren Beitrag zur Unterstützung der SWAPO in den langen Jahren der südafrikanischen Besetzung des Landes. Dadurch ist die jetzige namibische Regierungspartei in vielfältigen Beziehungen zu den mit der Solidaritätsarbeit jener Zeit verbundenen Menschen in den nun „neuen“ Bundesländern geblieben. Die Solidaritätsbewegung in der DDR, wenn sie auch stark von SED und Staat gesteuert war, hat lange Zeit auch für die innere Konsolidierung der DDR eine Rolle gespielt, konnte doch durch Solidarität mit Befreiungsbewegungen die internationale Isolation durchbrochen werden. Damit stand ein Thema zur Verfügung, bei dem man tatsächlich auf der „richtigen Seite“ der Geschichte stand, während die alte Bundesrepublik enger Verbündeter Südafrikas und des kolonialistischen Portugals blieb. Diese Solidaritätstradition, die sich trotz der militärischen Komponente überwiegend auf Ausbildung, Gesundheitsversorgung und propagandistische Hilfe konzentrierte, hat für in der Solidaritätsarbeit aktive Ostdeutsche ein grundsätzlich anderes Beziehungsgeflecht zum unabhängigen Namibia geschaffen, als dies bei den meisten Westdeutschen der Fall war, die sich für diese ehemalige deutsche Kolonie interessierten.

Die alte Bundesrepublik bestimmte ihr Verhältnis zu „Namibia“, wie das Land seit 1966 im Sprachgebrauch der UNO und der Befreiungsbewegung hieß, im Wesentlichen über ihre vielfältigen Beziehungen zur deutschsprachigen Minderheit und über intensive wirtschaftliche Beziehungen zur Kolonialmacht Südafrika. Prägend war dabei, dass Namibia als Teil des Apartheidsystems in Westdeutschland im Grunde bis auf wenige gegensätzliche Stimmen kritiklos als fünfte Provinz der Republik Südafrika akzeptiert wurde. In der Wahrnehmung der deutschsprachigen Minderheit Namibias, aber auch der Westmächte blieb Namibia trotz des frühen Endes der deutschen Kolonialherrschaft 1915 eine „ehemals deutsche Kolonie“. Dies führte dazu, dass der Bundesrepublik (seitens der SWAPO auch der DDR) vage, aber dennoch bemerkbar eine besondere Verantwortung in dem durch die UNO eingeleiteten Dekolonisationsprozess zugesprochen wurde. Die bundesdeutsche Rolle wurde dadurch verstärkt, dass Hans-Dietrich Genscher als Außenminister und Dr. Hans-Joachim Vergau als besonders involvierter Diplomat auf westdeutscher Seite im Dekolonisationsprozess durch eigene Initiativen ab 1977 bis 1990 für immerhin 13 Jahre aktiv Einfluss nahmen. Diese Initiativen wurden sowohl im Sicherheitsrat der UN, aber auch auf anderen diplomatischen Ebenen für die Lösung der Namibia-Frage wichtig. Dennoch überwog die Dominanz der jeweiligen US-Administration, und die Bundesrepublik erhielt in der Namibia-Frage nicht das ausschlaggebende Gewicht, das etwa Großbritannien für die Lösung der Simbabwe-Frage hatte, als es 1980 dort noch einmal für wenige Wochen Kolonialmacht wurde.

Da der Zerfall der DDR bereits zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit Namibias 1990 begann, bestimmten die Traditionen und Interessen der alten Bundesrepublik das Verhältnis Deutschlands zum neuen Namibia. Als ersten Botschafter entsandte die Bundesrepublik den damals wichtigsten deutschen Afrika-Diplomaten Harald Ganns. Bis dahin war der Konflikt um die

Unabhängigkeit mit dem Kalten Krieg verknüpft. Die Systemkonkurrenz zwischen Ost- und West beeinflusste auch das Verhältnis beider deutscher Staaten zu Namibia. Die lange politische, kulturelle und soziale Verbindung der Bundesrepublik zum System der Apartheid in Südafrika und Namibia und die Interpretation der Befreiungsbewegung SWAPO als terroristisch und kommunistisch wurden durch diese Konkurrenz mitbestimmt. Dies hat einen tatsächlich vorhandenen Einfluss der DDR verstärkt. Dem Konkurrenzverhältnis beider deutscher Staaten hinsichtlich der namibischen Dekolonisation wird deshalb in diesem Beitrag ein besonderes Gewicht beigemessen.

Wichtig aber bleiben die Gründe, warum die Bundesregierung, aber auch viele Bundesdeutsche in einer heute schwer nachzuvollziehenden Weise die Zeichen der Zeit in Namibia für gut vierzig Jahre verkannten, und ein realistisches Bild von der Lage im Lande und seiner politischen Zukunft sich erst ab 1975 allmählich entwickelte. Mit der bundesdeutschen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat 1977 zeichnete sich eine Wende ab. Gemeinsam mit den anderen westlichen Mitgliedern des Sicherheitsrates wurden Bemühungen um eine friedliche Lösung des Konfliktes intensiviert. Dennoch lagen zwischen 1977 und dem politischen Durchbruch 1989 zwölf Jahre, die die an der Zukunft Namibias interessierten Kreise stark polarisierten. Es bedurfte erst des grundlegenden Richtungswechsels der sowjetischen Außenpolitik unter Gorbatschow, um eine Wende einzuleiten. Die Unabhängigkeit Namibias fand dann schließlich aus deutscher Sicht im Schatten der deutschen Vereinigung statt. Obwohl der Deutsche Bundestag 1989 noch „besondere Beziehungen“ zu dem demnächst unabhängigen Land verkündete, reiften dann nicht alle namibischen Blütenräume, vor allem nicht die finanziellen.

Vor 1977 gibt es eine lange Geschichte der grundlegenden Fehlorientierung in der Bundesrepublik Deutschland in Bezug auf die Namibiafrage. Sie hat mehrere Ursachen:

- die unaufgearbeitete deutsche Kolonialzeit
- die Vorstellung, die Apartheid in Südafrika repräsentiere die westliche Zivilisation
- die Sympathie gegenüber den deutschsprachigen Siedlern in Namibia
- das ökonomische Interesse an Rohstoffen, insbesondere Uran und Diamanten
- und den antikommunistischen Reflex gegenüber der Befreiungsbewegung SWAPO.

Die deutsche Kolonialgeschichte wurde erst seit den 1960er Jahren von Historikern aufgearbeitet. Zentral waren dabei zwei Forschungsarbeiten: die Arbeit Horst Drechslers, bei dem Schleicher damals studierte, zum Aufstand der Herero und Nama in Halle, die dann 1966 mit einem wegweisenden Werk publiziert wurde, und Helmut Bley, der mit einer kritischen Kolonialgeschichte Namibias 1965 promovierte, die er schließlich 1968 publizierte. Beide, Drechsler und Bley, dokumentierten eine von hoher Gewaltsamkeit geprägte deutsche Kolonialvergangenheit.

Das Wissen um diese gewaltsame Seite deutscher Kolonialpolitik und das Wissen um die zeitgenössische Kritik ging nach dem Ersten Weltkrieg verloren. Die Alliierten begründeten die Übergabe Südwestafrikas als C-Mandat des Völkerbundes an die Südafrikanische Union mit den Gräueln des Herero- und Nama-Krieges, wie sie Deutschland generell die Befähigung zur Verwaltung von Kolonien absprachen. Dagegen entwickelten die ehemaligen Kolonialbeamten, Kolonialoffiziere und Kolonialschriftsteller die These einer „Kolonialen Schuldfrage“. Ihre Apologetik der deutschen Kolonialherrschaft als „streng aber gerecht“ verhinderte jede kritische Auseinandersetzung. Dagegen begründeten Reformbemühungen in Frankreich und England unter sozialdemokratischen und sozialistischen Regierungen, die darauf abzielten die entstehende afrikanische Protestbewegung einzugrenzen, ein lebendiges Pro und Kontra auch in der jeweiligen Kolonialpolitik. Die wenigen antiimperialistischen Stimmen am linken Rand der Weimarer Republik gingen jedoch unter.

Die kritiklose Verherrlichung der deutschen Kolonialvergangenheit wurde auch dadurch gefördert, dass die Annexion der deutschen Kolonien durch die Sieger im Versailler Vertrag geregelt wurde. So wie es deshalb die Polemik der „Kriegsschuldfrage“ gab, die eine kritische

Auseinandersetzung mit Deutschlands Anteil am Ausbruch des Krieges verhinderte, verstärkte sich auch die Polemik der „Kolonialen Schuldflüge“ und förderte insgesamt die kritiklose Verherrlichung der Kolonialpolitik des Kaiserreiches. Nach dem Ende des Nationalsozialismus und der Niederlage im Zweiten Weltkrieg blieb diese Grundstimmung in der Bundesrepublik erhalten, weil nach dem Grauen der nationalsozialistischen Herrschaft die „gute alte Zeit“ des Kaiserreichs unbeschädigt bleiben sollte.

Während wiederum England eine Politik der Auseinandersetzung mit den Unabhängigkeitsbewegungen betrieb und Schritte zur Dekolonisation einleitete und Frankreich nach zwei verlorenen entsetzlichen Kolonialkriegen in Vietnam und Algerien nach einer Staatskrise sich mit dem schmerzlichen Ergebnis seiner Kolonialherrschaft auseinandersetzen musste, nahm die Bundesrepublik, beschäftigt mit Wiederaufbau und Annäherung an den Westen, an solchen weltgeschichtlichen Prozessen praktisch keinen Anteil. Im Gegenteil, der Weg nach Westen und damit der konservative Versuch erneut Anschluss an christliche abendländische Traditionen zu gewinnen, betonte den zivilisatorischen Segen der europäischen Ausbreitung über die Welt.

Die weißen Siedlungskolonien, vor allem Südafrika, das 1948 die Apartheid offiziell einführte, galten als ein solcher Hort der westlichen Zivilisation, obwohl seine Führer vom Nationalsozialismus offensichtlich beeinflusst waren und sich 1948 der Erklärung der Menschenrechte durch die UN verweigerten. Da auch viele Deutsche Zuflucht vor dem Elend im Nachkriegsdeutschland oder gar als Nationalsozialisten einen sicheren Unterschlupf in Südafrika suchten, entstand ein unkritisches Verhältnis zur Apartheid. In den 1960er Jahren konnte die südafrikanische Regierung, gestützt auf diese Grundstimmung, mit großen Mitteln eine effektive Propaganda in Deutschland entwickeln. Namibia wurde, wenn auch nicht völkerrechtlich so doch de facto fünfte Provinz der Südafrikanischen Union, und wurde so Teil des Apartheidsystems. Dieser Prozess wurde international nicht problematisiert, obwohl das unabhängige Indien, aber auch das Nachbarland Botswana gegen diese Annexionsversuche erfolgreich in der UNO intervenierten.

Die deutschsprachige Minderheit, die 1940/41 interniert und in größeren Zahlen ausgewiesen worden war, weil sie sich demonstrativ dem Nationalsozialismus zugewandt hatte, erhielt 1949 ihren Besitz zurück, der formal nicht enteignet wurde. Für den Preis der Unterstützung der südafrikanischen Nationalen Partei, die zunächst nur über eine knappe Mehrheit im Parlament von Kapstadt verfügte, erhielt die deutsche Minderheit zwei Sitze im Parlament Südafrikas und Deutsch wurde als dritte Amtssprache in Namibia akzeptiert.

Die deutsche Minderheit in Namibia befand sich seit Ende der Kolonialzeit in einer politisch sowie psychisch prekären Situation. Die Ursachen der tiefen Verunsicherung waren vielfältig: Im Kaiserreich hatten sie sich einerseits als die eigentlichen Herren des Landes gefühlt, mussten aber eine selbstbewusste Bürokratie und vorübergehend sogar eine Militärdiktatur hinnehmen. Das Trauma der Tötung von mehr als hundert deutschen männlichen Siedlern beim Hereroaufstand im Januar 1904 saß tief. Zugleich war die landwirtschaftliche Existenz ohne Subventionen insbesondere in Zeiten der Dürre gefährdet. Der Alltag der Arbeitswelt in einem System von Zwangs- und Wanderarbeit war voller Spannungen. Bley hat deshalb von den damaligen Siedlern als den „abhängigen Herren“ gesprochen. Seit 1915 mussten sie mit einem neuen Herrn auskommen, dessen bürische Herkunft sie bis dahin eher mit Verachtung gestraft hatten. Aber sie schwenkten rasch zur neuen Administration um, da diese den Stil der deutschen Herrschaft fortsetzte. Der exzessive Nationalismus substantieller Teile der deutschen Siedlergemeinschaft war groß genug, um eine starke nationalsozialistische Organisation im Lande aufzubauen und die Rückgabe des Gebietes an das Deutsche Reich zu verlangen. Die Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands machte eine erneute Umorientierung notwendig. Der Versuch mit der Apartheidregierung zu kooperieren vertiefte das Gefühl der Unsicherheit. Der Geist des Ultrationalismus, des Rassismus und der zivilisatorischen Überlegenheit sowie die Verharmlosung der Kolonialgeschichte prägten auch die von der

Bundesrepublik mitfinanzierte Deutsche Höhere Privatschule (DHPS) und die deutschsprachige Presse in „Südwest“.

Diese Zusammenhänge wurden durch die neuere kolonialgeschichtliche Forschung – unterstützt durch Artikel im „Spiegel“, in „Die Zeit“, teilweise auch durch Übernahme in Schulbücher – dokumentiert und eröffneten in den sechziger Jahren eine deutsche Kolonialkritik. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, zu dem die Mehrheit der afrikanischen Staaten bereits unabhängig geworden war und der bewaffnete Kampf um das südliche Afrika durch eine zunächst noch sehr schwache Guerilla begonnen hatte. Dennoch brach eine Welle zum Teil hasserfüllter Kritik in Leserbriefen und der Presse der Traditionsverbände los – sowohl in der Bundesrepublik selbst als auch in Namibia. Da ein Teil der Kolonialkritik aus der DDR stammte, ließ sich diese als kommunistisch beeinflusst diffamieren.

Die deutsche Öffentlichkeit war für die Thematik bereits durch die Publikation von Fritz Fischers Buch „Griff nach der Weltmacht“ (1961) sensibilisiert. In dieser Arbeit waren die deutsche Verantwortung am Ausbruch des Ersten Weltkrieges und eine Kontinuität der Expansionsziele Deutschlands in Kaiserreich und Drittem Reich betont worden, was zu einer heftigen deutschen und internationalen Kontroverse führte. Die Kolonialkritik unterstrich Kontinuitäten der deutschen Politik im Übergang vom Kaiserreich zum Nationalsozialismus und dekonstruierte damit die „gute alte Zeit“. Die Kolonialkritik stieß jedoch in einer breiteren Bevölkerung auf fundamentale Ablehnung, zumal durch die Serie von Militärputschen im unabhängigen Afrika ab 1966 alte rassistische Vorurteile über die Unfähigkeit der afrikanischen Gesellschaften zur Selbstregierung neu aufflammten. Allerdings waren die 1960er Jahre auch die Zeit, in der sich die kulturelle und politische Wende in der Bundesrepublik vorbereitete. Entwicklungspolitik und Solidarität mit der Dritten Welt wurden ein Thema. Die großen Parteien pflegten zwar den Satz, Deutschland sei in der Entwicklungspolitik unbelastet, weil es seine Kolonien schon 1919 verloren habe; aber die Aktivisten der Entwicklungspolitik und der Solidarität mit der Dritten Welt setzten sich kritisch mit dem imperialistischen Zeitalter, mit den Folgen der europäischen Expansion und damit auch mit der deutschen Kolonialvergangenheit auseinander. Dieses verband sich mit der Kritik am Vietnam-Krieg, der als Kolonialkrieg kritisiert wurde und mit der Kritik am Apartheidsystem.

Die westdeutsche Gesellschaft spaltete sich in diesen Fragen: eine Mehrheit hielt unkritisch an der Kolonialzeit und dem Apartheidsystem fest und suchte unpolitisch die Nähe zu den Deutschsprachigen in Namibia und Südafrika; eine kleine Minderheit von Studierenden, jungen Dozenten und Lehrern, Pastoren und Aktivisten der Entwicklungshilfe etablierten die recht kleine Antiapartheidbewegung, die aber, weil die historische Entwicklung im südlichen Afrika ihnen Recht geben sollte, einflussreich wurde.

Drei Plattformen wurden wichtig:

1. Mit der ISSA (Informationsstelle für das südliche Afrika), die auch von der Synode der evangelischen Kirche gefördert wurde, entstand ein Informationssystem, das verlässlich und immer wirkungsvoller die deutsche Presseberichterstattung beeinflusste und so die deutsche Öffentlichkeit und insbesondere die sozialliberale Koalition auf den erforderlichen Kurswechsel vorbereitete.

2. Zusätzlich zur erstarkenden Friedensbewegung in der evangelischen Kirche wurde das Engagement gegen die Apartheid eine tragende Säule der Laienbewegung. Insbesondere durch den Früchteboykott evangelischer Frauen und später durch ihre erfolgreiche Kampagne zur Freilassung Mandelas wurde eine Breite erreicht, die für die eher linke Antiapartheidbewegung so nicht möglich gewesen wäre.

3. Die großen Protestereignisse im südlichen Afrika gaben der Antiapartheidbewegung Glaubwürdigkeit: Das Massaker in Sharpeville 1960 hatte die internationale Öffentlichkeit erstmals alarmiert. Die blutige Niederschlagung von Protesten gegen die Umsiedlung der schwarzen Einwohner Windhoeks kurz zuvor war international noch wenig beachtet worden. Wichtig waren dann die Massenstreiks in Namibia 1972, die sich 1973 in Südafrika fortsetz-

ten und die neue afrikanische Gewerkschaftsbewegung aufblühen ließen. In eine ähnliche Richtung wirkten der Schüleraufstand 1976 in Soweto und die Ermordung Steve Bikos, des Sprechers der Black Consciousness Bewegung in Südafrika, 1977. Mit dem Beginn der Kämpfe in den Townships ab 1984 war schließlich überdeutlich geworden, dass der ANC in Südafrika und die SWAPO in Namibia die Zukunft für sich hatten.

Viele Deutsche in Namibia nahmen diese Entwicklungen mit größtem Misstrauen zur Kenntnis. Vor allem die Regierungen Brandt/Scheel und später Schmidt/Genscher repräsentierten für sie ein Deutschland, zu dem sich eine große innere Distanz entwickelte. Diese deutschsprachigen Namibier fühlten sich insbesondere durch die Politik von Franz Josef Strauß und seiner CSU repräsentiert. Der Schwenk der protestantischen Kirchen in der Bundesrepublik, unter ihnen die ehemals Rheinische Mission, nun Vereinigte Evangelische Mission in Wuppertal, die mit den unabhängigen Kirchen Namibias zusammenarbeiteten und sogar dem internen Flügel der SWAPO Arbeitsmöglichkeiten und die Gemeindepresse zur Verfügung stellten, polarisierte die Kirchen in Namibia. Insbesondere die deutsche lutherische Kirche Namibias sah den Annäherungsprozeß an die Befreiungsbewegung durch bundesdeutsche Kirchen äußerst kritisch und verweigerte sich einem Dialog.

Westdeutsche Namibia-Politik seit 1975

Die westdeutsche Politik gegenüber dem südlichen Afrika bekam mit der Revolution in Portugal und der sich unmittelbar anschließenden Unabhängigkeit Angolas und Mocambiques eine neue Dimension. Durch die Tatsache, dass in beiden Staaten sozialistisch geprägte Befreiungsbewegungen an die Macht kamen, wurden auch für die übrigen Befreiungsbewegungen, so auch für die SWAPO, neue Operationsfelder geschaffen. Eine vor allem aus pragmatisch-taktischen Gründen entwickelte Zusammenarbeit mit der UNITA Savimbis durch die SWAPO wurde nach 1975 aufgelöst, sie kooperierte fortan mit der regierenden MPLA in Angola, so konnte der Zugang zu Namibia über Südafrika ermöglicht werden.

Durch diese Entwicklungen bedingt geriet das südliche Afrika in das Zentrum des weltpolitischen Interesses. Der Vormarsch südafrikanischer Truppen bis fast nach Luanda steigerte die internationale Bedeutung des Regionalkonfliktes. Erst die schnelle und eigenständige Entscheidung Fidel Castros in einem Akt sozialistischer Solidarität Truppen nach Angola zu senden, und die Bereitschaft der Sowjetunion, den Kubanern logistische Unterstützung zu gewähren, verhinderten 1975/1976 den militärischen Erfolg Südafrikas, das seine Truppen schließlich zurückziehen musste. Wichtig war, dass die damalige US-Administration unter dem Druck der öffentlichen Meinung – insbesondere des „Black caucus“ der afroamerikanischen Kongressabgeordneten – ihre angedeutete Unterstützung für Südafrikas Angriff auf Angola und die Unterstützung Savimibis zurückzog. Die veränderte Lage, zu der auch die Zuspitzung des Befreiungskrieges in Simbabwe gehörte, zwang sowohl die Westmächte als auch die an das südliche Afrika angrenzenden unabhängigen afrikanischen Staaten und Südafrika selbst zu einem grundsätzlichen Überdenken der Situation.

Namibia rückte in den Vordergrund diplomatischer Aktivitäten. Durch den südafrikanischen Angriff auf Angola vom Territorium Namibias aus, dessen südafrikanische Okkupation 1971 auch vom Internationalen Gerichtshof für illegal erklärt worden war, wurde die Namibia-Frage international neu aufgerollt. Der Druck auf Südafrika wuchs, so dass in südafrikanischen Regierungszirkeln Überlegungen angestellt wurden, Namibia in eine durch Südafrika kontrollierte Unabhängigkeit zu entlassen. Diese „Unabhängigkeit“ sollte ohne Beteiligung der SWAPO hergestellt werden. Die westliche Politik geriet nun unter Zugzwang, da sie auf diesen Versuch Südafrikas reagieren musste.

Schon vorher aber war das Thema Namibia zu einem Problem der bundesdeutschen Außenpolitik geworden, das sehr eng mit der gestärkten internationalen Position der DDR zusammenhing. Ergebnis der Ostpolitik Willy Brandts war, dass nach Abschluss der Abkommen mit der Sowjetunion und der DDR beide deutsche Staaten gleichzeitig in die UNO aufgenommen

wurden. Die Mehrheit der Mitglieder der Vollversammlung folgte der Position der afrikanischen Staaten. Es wurde festgestellt, dass sich die Bundesrepublik gegenüber der UNO in der Südafrika- und Namibia-Frage unfreundlich verhielt, weil sie ein Konsulat in Windhoek unterhielt, das zeitweise sogar der Botschaft in Pretoria unterstellt war, und durch die Subventionierung der Deutschen Schule im Rahmen eines Kulturabkommens die Präsenz Südafrikas in Namibia und die Apartheidstrukturen dort legitimiert wurden. Die Bundesrepublik wurde in Resolutionen der Vollversammlung wegen ihrer Unterstützung der Apartheid scharf kritisiert. Auch die SWAPO, die im Vorfeld des Beitritts beider deutscher Staaten zur UNO erstmals mit einer offiziellen Delegation 1973 nach Bonn reiste, stellte die Forderung nach Schließung des Konsulats der Bundesrepublik in Windhoek und nach Aufkündigung des Kulturabkommens mit Südwestafrika.

Bonn war beunruhigt, dass bei einer möglichen Abstimmung über den Beitritt beider deutscher Staaten zur UNO durch Gegenstimmen gegen die Bundesrepublik eine größere Akzeptanz der DDR in Teilen der UN-Gemeinschaft dokumentiert worden wäre. Es gelang schließlich mit Mühe eine derartige Abstimmung zu vermeiden. Beide Staaten wurden per Akklamation aufgenommen. Vorbereitet wurde dieses Verfahren durch Konzessionen an die afrikanischen Staaten u. a. dadurch, dass bei der Vakanz des westdeutschen Konsuls in Windhoek nur ein Geschäftsträger amtierte und dieser dem Auswärtigen Amt direkt unterstellt wurde. Die deutsche Schule wurde zur „Begegnungsschule“ umfunktioniert. Entwicklungspolitische Zusagen in bilateralen Verhandlungen mit afrikanischen Staaten kamen hinzu.

Entscheidend war aber, dass angesichts der Dramatik der Entwicklung im südlichen Afrika nach dem Debakel in Angola 1975 nun Südafrika selbst zum Krisenherd wurde. Die Jugendproteste 1976 in Soweto, der Millionenstadt vor den Toren Johannesburgs, weiteten sich aus und führten zu blutiger Repression durch die südafrikanische Regierung. Dies zwang nunmehr die USA die Initiative zu ergreifen. Das Grundziel der Westmächte war, eine Ausweitung sozialistischer Regimes durch die Erfolge der Befreiungsbewegungen, deren im Kern nationalistischer Charakter verkannt wurde, zu verhindern. Das unmittelbare taktische Ziel bestand darin, dem wachsenden Druck in den Vereinten Nationen auszuweichen, wo gegenüber Südafrika bindende Wirtschaftssanktionen und die Durchsetzung eines Waffenembargos durchgesetzt werden sollten. Es sollte vermieden werden, als letztes Mittel ein Veto durch die USA, Frankreich oder Großbritannien im Sicherheitsrat einzusetzen und damit eine Parteinahme für das Apartheidregime öffentlich zu dokumentieren. Dafür mussten vor allem den afrikanischen Staaten Konzessionen angeboten werden. Eine dieser Konzessionen waren Fortschritte in der Namibia-Frage, die ja durch die vom internationalen Gerichtshof anerkannte Treuhandschaft der UNO besonders internationalisiert war.

Das US-Engagement 1976 in dieser Krisenregion und die Wahl der Bundesrepublik in den UN-Sicherheitsrat 1977/78 schufen Voraussetzungen für die politisch-diplomatische Namibia-Initiative der „Kontaktgruppe“ der westlichen Sicherheitsratsmitglieder. Als gemeinsame Antwort des Westens auf die Entwicklungen im südlichen Afrika konzentrierte sich diese Initiative auf Namibia als den vermeintlich am „leichtesten“ zu lösenden Konflikt in der Region. Der Bundesregierung bot sich damit gleichzeitig eine Möglichkeit, die eigene internationale Rolle zu befördern.

Von dem Beginn der Arbeit der westlichen Kontaktgruppe 1977 bis zur Umsetzung der Sicherheitsratsresolution 435 1989 vergingen weitere 12 Jahre. Die Resolution 435 verlangte freie Wahlen unter Kontrolle der UNO und einen Waffenstillstand zwischen Südafrika und der SWAPO. Die Verhandlungen zur Durchsetzung dieser Resolution verzögerten sich und waren durch das Dilemma der Westmächte geprägt, einerseits kontinuierlich eine politische Lösung des Konfliktes anzustreben, andererseits aber den Sanktionsdruck auf Südafrika begrenzt zu halten. Gleichzeitig sollten Lösungsversuche besonders befördert werden, die den gefürchteten Einfluss der SWAPO verringern konnten. Zwar wurden die Versuche Südafrikas die „interne Lösung“ umzusetzen formal nicht anerkannt, in der Bundesrepublik unterhielten aber etwa CDU/CSU enge Kontakte zu der von Südafrika geschaffenen „Demokratischen

Turnhallenallianz“ (DTA) unter der Führung von Dirk Mudge. Diese sollte als Gegengewicht zur SWAPO aufgebaut werden, ihr sollte in von Südafrika manipulierbaren Wahlen eine Mehrheit zufallen. So reagierten die Westmächte trotz der Ankündigung Südafrikas, eine interne Lösung mit Wahlen durchzusetzen, nicht mit Sanktionsdrohungen, als ihre Außenminister in Pretoria vorsprachen. Außerdem gelang es Südafrika, die Vertreter der „Turnhalle“ in einer internationalen Konferenz der UNO mit an den Verhandlungstisch zu setzen. 1980/1981 scheiterten diese Konferenzen, und die Namibiafrage lag erneut auf Eis. Der Grund dafür war die Politik des neuen amerikanischen Präsidenten Reagan, den Rückzug der Kubaner aus Angola zu einer Bedingung für die Lösung der Namibiafrage zu erklären.

Dass dennoch die UN-Lösung für die Namibiafrage auf der internationalen Tagesordnung blieb und die Resolutionen nicht vergessen wurden, ist auch das Verdienst der Diplomaten der Bundesrepublik und des damaligen Außenministers Genscher. Dabei wurde er maßgeblich durch Frankreich unterstützt, dass auf Distanz zur neuen Politik der USA ging. Auch die kontinuierliche Arbeit Vergaus, nun westdeutscher UN-Botschafter in New York, trug dazu bei, dass die Resolution relevant blieb. Die SWAPO Führung und diejenigen Namibier, die den Weg einer Unabhängigkeit durch die UNO als gerechtesten und sichersten Weg ansahen, haben die Verlässlichkeit des westdeutschen Außenministers und des Auswärtigen Amtes – auch gegen starken innenpolitischen Druck – positiv registriert. Damals entstanden Ansätze eines westdeutsch-namibischen Vertrauensverhältnisses, das auch deshalb Bestand hatte, weil die Regierung Kohl nach 1982 trotz interner Schwierigkeiten den Kurs Genschers tolerierte.

Ambivalente Beziehungen Bonns zur namibischen Befreiungsbewegung

Westdeutsche Afrikawissenschaftler kritisierten 1978 in einer öffentlichen Auseinandersetzung mit der Bonner Afrikapolitik, dass diese die politische Führungsrolle der SWAPO im Unabhängigkeitsstreben Namibias bewusst herunterspiele und deren völkerrechtliche Position in Frage stelle. Tatsächlich wurde die Ambivalenz der bundesdeutschen Politik gegenüber der SWAPO vor allem in der Art und Weise deutlich, in der Kontakte gepflegt wurden. Die regierende SPD unterhielt solche Kontakte seit den frühen 1970er Jahren auf der Ebene ihrer Internationalen Abteilung beim Parteivorstand und der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, er war gleichzeitig Bundeskanzler, war beim Besuch einer SWAPO-Delegation 1973 mit Sam Nujoma zusammen getroffen. Innerhalb der SPD gab es Bemühungen um verstärkte Beziehungen zur SWAPO. Hier wirkte besonders die Abgeordnete Lenelotte von Bothmer aus Hannover. Vorsichtige Versuche der sozial-liberalen Koalition, SWAPO-Kontakte auf Regierungsebene herzustellen, stießen auf heftige Kritik der Opposition. Das war so bei Verhandlungen einer SWAPO-Delegation im Januar 1974 im Auswärtigen Amt und dem BMZ über die Finanzierung eines Gesundheits- und Bildungszentrums für namibische Flüchtlinge in Sambia. Das Hilfeersuchen der SWAPO ging schließlich an die FES.

Das Verhältnis zwischen Bundesrepublik und SWAPO spitzte sich Mitte der 1970er Jahre eher zu, als dass es sich verbesserte. Den Beziehungen nicht dienlich war, dass Außenminister Genscher in Lusaka 1975 ausgerechnet mit SWAPO-Informationssekretär Andreas Shipanga zusammentraf, der mehr und mehr in einen Führungskonflikt mit Nujoma geraten war. Berichte der SWAPO, eine Hilfslieferung der Bundesregierung sei ohne vorherige Konsultationen mit ihr per Luftfracht nach Ostafrika verbracht worden, nährten Gerüchte über eine exklusive Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit Shipanga. Im Zuge von Auseinandersetzungen innerhalb der SWAPO 1976 wurden bundesdeutsche Diplomaten in Lusaka beschuldigt, Spaltungsversuche in der Organisation zu unterstützen, um eine moderate Alternative zur SWAPO aufzubauen. Auch die FES war in die SWAPO-Krise verwickelt. SWAPO-Präsident Nujoma behauptete damals, die BRD arbeite bewusst und vorsätzlich an der Zerstörung der SWAPO. Er machte Beziehungen seiner Organisation zur Bundesrepublik von deren Einstellung jeglicher Zusammenarbeit mit dem illegalen südafrikanischen Regime in Namibia abhängig und erklärte die Bundesrepublik sei der „Erzfeind des Volkes von Namibia“. Während der Staatsminister (im Auswärtigen Amt) Hans-Jürgen Wischnewski (SPD), wohl auch als

Reaktion darauf, die Anerkennung der SWAPO als dem offiziellen Vertreter Namibias aussprach, verweigerte Bonn in der UN-Vollversammlung der SWAPO die Zustimmung zum offiziellen Status eines Beobachters. Kurz darauf erkannte die Vollversammlung die SWAPO als alleinige Repräsentantin des Volkes von Namibia an. 1974 enthielt sich die Bundesrepublik in dieser Frage der Stimme, und 1976 stimmte sie sogar gegen eine solche Resolution. Angesichts dieser Haltung blieben auch Initiativen aus der SPD um die Entwicklung der Beziehungen zur SWAPO zunächst wenig erfolgreich. Ein Kontaktangebot des SPD-Bundesgeschäftsführers Egon Bahr an die SWAPO Anfang 1977 blieb unbeantwortet.

Im Rahmen der Kontaktgruppeninitiative entwickelte jedoch die Bundesregierung auch ihre Kontakte zur SWAPO. Vor allem das Auswärtige Amt arbeitete daran, ein besonderes Verhältnis zur SWAPO, aber auch zu den internen Parteien Namibias aufzubauen. Obwohl das Konsulat in Windhoek 1977 geschlossen wurde, blieben die offiziellen Beziehungen zur SWAPO bis Ende der 1970er Jahre angespannt. SWAPO-Offizielle warfen Bonn Unaufrichtigkeit und Verstöße gegen UN-Resolutionen vor. Sie verwiesen auf die anhaltende Konsulartätigkeit in Windhoek, nunmehr über ein Anwaltsbüro, auf den Bezug von Uran aus Namibia, den Dienst westdeutscher Bürger (mit doppelter Staatsangehörigkeit) in Südafrikas Streitkräften und auf die Existenz der Deutschen Höheren Privatschule in Windhoek. Dagegen unterstellte die CDU/CSU-Opposition der Bundesregierung wegen ihrer Unterstützung der beruflichen Bildungsarbeit der Otto-Benecke-Stiftung (OBS), die seit 1978 auch Flüchtlinge aus Namibia förderte, einseitig die SWAPO zu unterstützen.

Die Situation veränderte sich Ende der 1970er Jahre durch einen Dialog zwischen dem SWAPO-Vertreter in Skandinavien, Timothy Hishongwa, und dem Auswärtigen Amt. 1979 und 1980 kam es zu direkten Gesprächen zwischen Genscher und Hishongwa. Aber erst 1980 verbesserten sich die Beziehungen grundsätzlich. SWAPO-Präsident Nujoma wurde auf Einladung Genschers in Bonn mit protokollarischen Ehren empfangen, weitere Besuche folgten im Mai 1981 und im Juni 1982. Noch unter der sozialliberalen Koalition erfolgte die Eröffnung einer offiziellen, allerdings nicht-diplomatischen SWAPO-Vertretung in Bonn, die aus Mitteln der Friedrich-Ebert-Stiftung und aus Spenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Evangelischen Kirche und von Solidaritätsgruppen finanziert wurde. Mangelnde Fortschritte bei der Verwirklichung der Resolution 435 in den frühen 1980er Jahren wirkten indirekt förderlich auf die Beziehungen Bonns zur SWAPO. Es war klar, dass eine Lösung des Namibia-Konflikts nur mit der SWAPO möglich war. Im Gegensatz zu ihrer generellen Ablehnung von Kontakten zu Befreiungsbewegungen hatte Bonn – wenn auch relativ spät und nicht ohne Friktionen – letztendlich Beziehungen zur SWAPO hergestellt.

Eine besondere Rolle hatte die Bundesregierung bei Kontakten und vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen der SWAPO und der „Interessengemeinschaft deutschsprachiger Südwester“ (IG) gespielt, was dazu beitrug, das Image der SWAPO unter den Weißen in Namibia als „kommunistische Terrororganisation“ zu verändern. Das Auswärtige Amt förderte den Dialog zwischen IG und SWAPO. Die SWAPO konnte dadurch erstmals zu den deutschsprachigen Namibiern politische Kontakte herstellen. Das ermutigte die Führung der IG, diesen Dialog fortzusetzen, auch gegen Widerstand der eigenen Mitglieder.

Auch nach dem Regierungswechsel in Bonn 1982 wurden die Anfang der 1980er Jahre zustande gekommene Beziehungen zur SWAPO aufrechterhalten, waren aber bis zur Unabhängigkeit Namibias von gegenseitiger Zurückhaltung geprägt. Ungeachtet der Würdigung der Rolle Genschers und des Auswärtigen Amts vor allem für das Zustandekommen und das Festhalten an der Resolution 435 dominierte aus den zurückliegenden Erfahrungen in der Führung der SWAPO mehrheitlich Misstrauen gegenüber der Bundesrepublik. Dazu zitiert der erste Botschafter der Bundesrepublik im unabhängigen Namibia, Harald Ganns, einen hochrangigen namibischen Regierungspolitiker: „Wenn es nur die Westdeutschen gegeben hätte, wären wir heute noch im Exil.“ Ganns zufolge zählte die DDR, nicht aber die Bundesrepublik zu den „Freunden“ der SWAPO.

Wie spannungsreich die Verhältnisse blieben, lässt sich aus einer Krise 1986 ablesen. Während eines Besuches der SWAPO Führung in Bonn – u. a. beim Bundesvorstand der CDU – stieß die SWAPO auf starke Vorbehalte. Nachrichten über schwere Menschenrechtsverletzungen gegenüber verhafteten SWAPO-Anhängern in Lagern in Angola schienen sich zu bestätigen. So publizierte Pastor Groth, ehemals Mitglied der Vereinigten Wuppertaler Mission, sein Buch über die „Namibische Passion“, in dem er, der viele SWAPO-Mitglieder im Exil über lange Jahre persönlich intensiv betreut hatte, die Klagen der Betroffenen veröffentlichte. Die SWAPO-Führung verweigerte sich dieser Kritik und kehrte den Spieß um: sie beförderte Gerüchte, nach denen deutsche Behörden die Lagerung nuklearen Abfalls in Namibia planten. Nujoma ging sogar soweit öffentlich zu erklären, dass die geplanten Lagerung nuklearer Abfälle einem erneuten Genozid-Versuch gegen sein Volk nahe käme und er für das Leben der Ingenieure, die sich an der Umsetzung des Planes im Lande beteiligen würden, keine Garantien übernehmen würde. Die Forderungen nach Abbruch der Beziehungen zur SWAPO wurden nach dieser Erklärung außerordentlich stark. Genscher, der nach wie vor das Vertrauen der SWAPO behielt, setzte allerdings die fortgesetzte Unterstützung des Unabhängigkeitsprozesses durch, der durch den Sicherheitsrat vorgegeben war.

Eine wichtige Rolle spielten dabei die Überlegungen Bonns, aber auch anderer Mitglieder der europäischen Gemeinschaft, dass die SWAPO, wie die übrigen Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika auch, überwältigende Mehrheiten in ihrem Lande hinter sich hatten. Außerdem ging man davon aus, dass viel mehr politischer Pragmatismus die Führung der Befreiungsbewegungen prägte, da auch sie davon ausgehen mussten, dass nur die Westmächte über die Finanzmittel zur Entwicklungshilfe verfügten. Der für die meisten Diplomaten völlig überraschende riesige Wahlsieg der ZANU unter Mugabe 1980 in Simbabwe hatte als heilsamer Schock eine solche Erkenntnis befördert.

In den bereits erwähnten Kontakten der „Interessensgemeinschaft deutschsprachiger Südwestler“ (IG) in Namibia mit der SWAPO in Deutschland und an anderen Orten wurde offensichtlich auch die Garantie für Eigentum und Landbesitz verabredet. Dies geschah ähnlich wie in Simbabwe mit der Hoffnung, dass Deutschland Gelder für den Ankauf von Farmland zur Umverteilung bereitstellen würde. Die Zusammenarbeit des Auswärtigen Amts mit der IG, die auch eine verdeckte finanzielle Unterstützung einschloss, sollte die Akzeptanz einer Verhandlungslösung in der deutschsprachigen Bevölkerung erhöhen und wohl auch die moderaten Kräfte in der weißen, vor allem der deutschsprachigen Minderheit stärken. Dabei gab es jedoch durchaus auch Friktionen. Die IG wehrte sich gegen Versuche einer zu offenen Einflussnahme der Bonner Politik. Die Vermittlungs-Leistung Bonns ist hoch einzuschätzen, weil damit neben linksliberalen englisch-sprachigen Namibiern eine wichtige Gruppe der Weißen in Namibia sich der UN Lösung und einer voraussehbaren Hegemonie der SWAPO öffnete und Vertrauen zu einer von den Westmächten garantierten UN-Lösung entwickelte.

Die Unterstützung der SWAPO durch die DDR und die Sowjetunion – auch wenn beträchtliche internationale Hilfe aus Skandinavien kam – blieb allerdings auch in dieser Phase relevant. Sie trug zum Erhalt einer militärischen Option (wenn auch nur als politisches Druckmittel) der SWAPO bei. Letztlich ermöglichte die militärische und politische Niederlage Südafrikas in Angola 1988/89 dann den Durchbruch, als Gorbatschow in Verhandlungen mit Reagan den Kalten Krieg im südlichen Afrika beendete und auch die kubanische Präsenz ein Ende finden sollte.

So sehr in der Namibia-Politik bundesdeutsche Vermittlung eine Rolle spielte, war sie doch weniger auf ein deutsch-namibisches Sonderverhältnis ausgerichtet, als vielmehr auf die Lösung der südafrikanischen Frage und einen friedlichen Übergang in der gesamten Region. Insgesamt ging es vor allem darum den Einfluss der Sowjetunion und ihrer Verbündeten zurück zu drängen. Das Tempo wurde dabei von den USA vorgegeben, die allerdings durch eine breite Protestbewegung in Städten und Gemeinden im eigenen Lande unter Druck gerieten und die Embargopolitik viel stärker vorantrieben als im extrem liberalen Bonn, in dem nach einer alten Formel Willy Brandts Handel und Politik nichts miteinander zu tun hätten.

Die Bonner Interessenlage zu Namibia war also vorrangig außenpolitisch geprägt. Hier bot sich in einer Koalition unter amerikanischer Führung eine aktive und konstruktive Rolle – mit eigenem kolonial-historisch und durch die deutsche Minderheit im Lande geprägten Kolorit. Auch sah man hier die Möglichkeit, die offensive Afrikapolitik der Sowjetunion (und der DDR) zurückzudrängen. Deutschlandpolitische Aspekte spielten eine untergeordnete Rolle, aber es gab konträre Positionen beider deutscher Staaten zu einer Namibia-Lösung. Namibia war ein zentraler internationaler Konflikt, der in der UNO eine Rolle spielte. Die oft thematisierte historische Verantwortung für die deutsche Minderheit war mehr innen- als außenpolitisch determiniert. In Bonn war die Namibia-Politik ein sensibles Feld und neben Südafrika eines der wenigen Afrikathemen mit innenpolitischer Relevanz. Exponenten unterschiedlicher Positionen waren Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Bayerns Ministerpräsident Franz-Josef Strauß, die Fronten verliefen sowohl zwischen der Regierung und der Opposition von CDU und CSU als auch zwischen den Koalitionsparteien SPD und FDP.

Die DDR und die Namibia-Frage

Die Interessen der DDR an Namibia waren lange ausschließlich politisch-ideologisch bestimmt. Hier begegneten sich ideologische Motivationen von tradierter antikolonialer Solidarität mit weltrevolutionärem Engagement, stimuliert durch die neue Situation im südlichen Afrika. Bewusst wurde Solidarität als Grundprinzip der Außenpolitik der DDR aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hergeleitet und als kontinuierliche Weiterentwicklung der Kritik August Bebel's am Kolonialismus verstanden. Namibia und seine deutsche Kolonialvergangenheit war dafür der perfekte Referenzfall. Nicht zufällig war Kolonialgeschichte lange ein Schwerpunkt der Afrika-Historiographie der DDR. In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre war Namibia ein Thema, das sowohl in der politischen Führung als auch in der Öffentlichkeit der DDR Interesse fand.

Die Entwicklungen Mitte der 1970er Jahre im Süden Afrikas hatten in (Ost-)Berlin im SED-Zentralkomitee und im Außenministerium, aber auch in anderen Afrika-relevanten Institutionen der DDR, ideologisch und auch emotional geprägte Vorstellungen von neuen strategischen Konstellationen in der Region ausgelöst. Man dachte an die Möglichkeit „neuer Kubas“ in diesem Teil der Welt. Genährt wurden solche Vorstellungen durch subjektive Eindrücke führender Politiker bei wiederholten Afrikareisen und bei Begegnungen mit den Führern von Befreiungsorganisationen.

Bereits vor ihrer Aufnahme in die Vereinten Nationen hatte sich die DDR mit Stellungnahmen zur Namibia-Frage positioniert, konnten doch hier sowohl der antikoloniale Befreiungskampf als auch die Rolle und Position der UNO vorbehaltlos unterstützt werden. Hinzu kam die Bedeutung Namibias in der Ost-West-Auseinandersetzung: Im Rahmen ihres aktiven und offensiven Auftretens nach dem UN-Beitritt 1973 in der Weltorganisation forderte die DDR die Anerkennung der SWAPO und deren Unterstützung sowie die Bekräftigung des Rechts des namibischen Volkes, den Kampf für Selbstbestimmung mit allen notwendigen Mitteln zu führen. Die UNO sollte Zwangsmaßnahmen des Sicherheitsrates gegen Südafrika beschließen (Waffenembargo und ökonomische Sanktionen). Die Unabhängigkeit Namibias sollte ohne Vorbedingungen gewährt und der Einfluss Südafrikas und „neokolonialistischer Interessengruppen“ beseitigt sowie die territoriale Integrität Namibias gewahrt werden. Die UN-Verantwortlichkeit für Namibia wurde bekräftigt, Versuche einer „internen Lösung“ abgelehnt und die Erhöhung des Drucks auf Südafrika durch Sanktionen und die Isolierung des Regimes gefordert. Diese Forderungen waren seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre mit scharfer Kritik an „neokolonialistischen Manövern“ der westlichen Kontaktgruppe verbunden. Die DDR unterstützte Aktivitäten der blockfreien Staaten, über die Vollversammlung eine zügige Regelung der Namibiafrage zu fordern. Sie stimmte allen Namibia-Resolutionen der Vollversammlung zu, und war oft einer ihrer Koautoren. Auf der Namibia-Sondertagung der Vollversammlung im Mai 1978, zu der auch Experten aus (Ost-) Berlin angereist waren, forderte DDR-Vertreter Peter Florin unter Bezugnahme auf die völkerrechtliche Zuständigkeit

der UNO für Namibia eine Übergangsregierung unter Kontrolle des UN-Namibiarats in Zusammenarbeit mit der SWAPO, um freie Wahlen zu organisieren.

Die westliche Verhandlungsdiplomatie zu Namibia wurde als Versuch kritisiert, die UNO-Verantwortung für Namibia einzuschränken, eigene Positionen im südlichen Afrika zu sichern und den Einfluss der sozialistischen Länder zurückzudrängen. Initiativen des US-Außenministers Kissinger wurden als Unterstützung Südafrikas heftig kritisiert. Bereits die Sicherheitsratsresolution 385(1976) mit der Forderung nach freien und fairen Wahlen unter UN-Kontrolle wurde mit Skepsis betrachtet. Vom Sicherheitsrat forderte die DDR konsequente politische, ökonomische und militärische Sanktionen gegen Südafrika. Misstrauisch wurden Gespräche der Kontaktgruppe mit Südafrika, der Turnhallenkonferenz und der SWAPO über eine Verhandlungslösung für Namibia verfolgt, und die Kontakte zur Turnhallenkonferenz verurteilt. Im Kalten Krieg polarisierte Namibia auch in der deutsch-deutschen Konfrontation. In dieser Phase befand sich die DDR in völliger Übereinstimmung mit der Sowjetunion.

Als der Sicherheitsrat 1978 die Resolution 435 und damit das westliche Lösungskonzept beschloss, machte die DDR aus ihrer negativen Haltung keinen Hehl. Besonders kritisiert wurde der Verbleib der südafrikanischen Verwaltung und seiner bewaffneten Kräfte während der Wahlen in Namibia sowie die zu geringe Zahl von UN-Truppen und Zivilpersonal. Die DDR betrachtete die Resolution als Durchsetzung westlicher Interessen, die im Gegensatz zu eigenen Vorstellungen von einer Machtübernahme der SWAPO standen. Aber auch sie befürwortete prinzipiell eine friedliche Regelung des Namibia-Konflikts. Da die UdSSR und ihre Verbündeten der Initiative des Westens keine eigene Verhandlungskonzeption entgegensetzen konnten, wurden letztendlich Verhandlungen auf Grundlage der Resolution 435 als Realität akzeptiert. Die DDR-Führung teilte jedoch Nujomas Sorge über „neokolonialistische“ Absichten des Westens und konzentrierte sich auf die Stärkung der Positionen der SWAPO u. a. auch in bilateralen Konsultationen zu strategischen und taktischen Fragen. Der heutige Ministerpräsident Theo-Ben Gurirab wertet die damalige Rolle der sozialistischen Staaten weniger in ihrer Beteiligung an Verhandlungen, sondern in der Stärkung der Verhandlungsposition und der Legitimität der SWAPO sowie in einer Rolle als „watchdog“ zur Überwachung der westlichen Diplomatie. Die Position der sozialistischen Staaten war aber auch als Garantie einer Rückfallposition für die SWAPO im Falle einer Fortsetzung des Kampfes wichtig.

Die DDR-Politik berücksichtigte damals die komplizierte Kräfte- und Interessenkonstellation in der Namibia-Frage nur ungenügend, negierte die Notwendigkeit von Kompromissen und sah sich durch die Intransigenz Südafrikas und halbherzige Reaktionen des Westens in ihrem Misstrauen bestärkt. Eine Kombination außen- und innenpolitischer Faktoren bewirkte schließlich ein Umdenken. Ernüchterung brachte die Kompromisslösung der Lancaster-House-Verhandlungen zu Simbabwe u. a. mit Festlegungen zum Minderheitenschutz und zur Landfrage, aber auch die Entwicklung der Namibia-Frage selbst. Neue Prioritäten zu Sicherheit, Abrüstung und Zusammenarbeit in Europa und nicht zuletzt ernüchternde ökonomische Entwicklungen in der DDR beförderten (bereits vor Gorbatschow) ein neues Denken in der DDR-Afrikapolitik. Bereits 1982 wurde in einem offiziellen Kommuniqué die Resolution 435 als einzig annehmbare Grundlage einer friedlichen Namibia-Regelung akzeptiert, aber weiterhin die Unterstützung der SWAPO als „einziger und authentischer Vertreter des namibischen Volkes“ bekräftigt. . Versuche „proimperialistischer Scheinlösungen und des Unterlaufens der Sicherheitsratsresolution 435/78“ wurden zurückgewiesen.

Dennoch bestärkten das Scheitern der Genfer Namibia-Konferenz 1981, die Blockadehaltung Südafrikas und die Politik des „constructive engagement“ der Reagan-Administration das Misstrauen der DDR. Der Unabhängigkeitsplan für Namibia wurde tatsächlich weiter verzögert. Die DDR geriet nun zunehmend in die Rolle, ihrerseits die Implementierung der ehemals ungeliebten Resolution 435 international einzufordern und deren Väter daran zu hindern, die Resolution zu unterlaufen. So war es der umfangreichen DDR-Unterstützung für die SWAPO geschuldet, dass schließlich 1988 der stellvertretende US-Außenminister John C. Whitehead

es Erich Honecker gegenüber für „wünschenswert“ erklärte, „dass die DDR in dem Maße, wie sie es für richtig halte, in die Gespräche mit der Sowjetunion über regionale Konflikte, somit auch im südlichen Afrika, einbezogen werde“ und der DDR damit auch im Verhandlungsprozess Gewicht zugestanden werden sollte

Die DDR unterstützte die Verhandlungen der Konfliktparteien im Südwesten Afrikas unter Teilnahme der Sowjetunion und der USA und begrüßte deren Ergebnisse Ende 1988. Im Außenministerium wurde eine eigene aktive Beteiligung an der Verwirklichung der Resolution 435/78 vorbereitet. Das erschien allen Beteiligten als logische Konsequenz des Engagements in der UNO und der bisherigen Unterstützung für die SWAPO. Hier war eine Möglichkeit, die ideologisch entlastete Afrikapolitik „neuen Denkens“ in die Praxis umzusetzen. Die Bilanz der eigenen Namibia-Politik sah man positiv: seit 1960 wurden die Grundprinzipien dieser Politik weitgehend bewahrt – Beendigung der Okkupation Namibias durch Südafrika, Wahrnehmung der Verantwortung der UNO und Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes des namibischen Volkes. In taktischen und auch strategischen Fragen hatte es eine beträchtliche Entwicklung gegeben: waren die DDR-Positionen zunächst deutschlandpolitisch und von der Systemauseinandersetzung geprägt gewesen und beinhalteten die Forderung nach bedingungslosem Abzug der Südafrikaner und Übergabe der Macht an die SWAPO, so ging es später um die Anerkennung und Unterstützung einer politischen Konfliktregelung bei Respektierung der „legitimen Rechte“ aller Beteiligten. Mit der Resolution 435 wurden Wahlen akzeptiert und nicht mehr eine bedingungslose Übergabe der Macht an die SWAPO gefordert. Südafrika wurde mit seinen legitimen Interessen als Partner des Prozesses akzeptiert. Es gelang der DDR, ihr Eintreten für politische Konfliktregelungen im südlichen Afrika mit der uneingeschränkten Unterstützung für die SWAPO zu verbinden – weshalb letztere die DDR-Haltung auch nie in Zweifel zog. Andererseits stellte man sich in (Ost-)Berlin realistisch auf die neue Lage ein und bereitete beispielsweise bereits damals eine Liste von Leuten für einen Einsatz bei Wahlen in Namibia vor. In der Phase der Verzögerung der Namibia-Lösung in den 1980er Jahren entwickelte sich die DDR – wie bereits dargestellt – zum Verfechter einer konsequenten Implementierung der Resolution 435. Dabei hat sie immer wieder die Rolle der UNO betont und sich dann auch entsprechend in den Prozess der Verwirklichung des UN-Unabhängigkeitsplans eingebracht.

DDR und SWAPO

Die DDR war neben der Sowjetunion wichtigster osteuropäischer Akteur bei der Unterstützung afrikanischer Befreiungsbewegungen. Noch heute erinnern SWAPO-Führer an das besonders enge Verhältnis zur DDR... Solidarität war für Erich Honecker und andere DDR-Repräsentanten empirisch geprägt und emotional besetzt durch den eigenen Kampf gegen den Faschismus, durch Haft und Exil. Hinzu kam Namibias verstärkte Einbeziehung in die Ost-West-Auseinandersetzung Mitte der 1970er Jahre. Unterstützung für Befreiungsbewegungen in dieser Region wurde ein Schwerpunkt der expandierenden DDR-Afrikapolitik. Freundschaftliche Beziehungen zu Vertretern der Befreiungsbewegungen z.T. auch auf persönlicher Ebene spielten eine Rolle. Neben dem eher emotional-ideologischen Faktor kamen auch profunde wirtschaftliche Interessen zum Tragen.

Die an politisch-ideologischen Prämissen orientierte Haltung der DDR identifizierte sich in taktischen Fragen mit der SWAPO. Diese entsprachen zumeist strategischen Vorstellungen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten. Als beispielsweise Nujoma 1978 die Isolierung Südafrikas in der UNO und den Druck der Kontaktgruppe auf das Apartheidregime als unmittelbare diplomatische Ziele der SWAPO bezeichnete, wurde dies von der DDR unterstützt. Leicht divergierende Konzeptionen gab zum bewaffneten Kampf: die SWAPO bezeichnete ihn lange als Hauptmittel der Auseinandersetzung mit Südafrika, während die DDR ihn als ein, nicht aber das wichtigste Instrument im Kampf um die Unabhängigkeit Namibias sah. Selbstverständlich hatte die Namibia-Politik der DDR auch deutschlandpolitische Konnotationen. Der deutschen Minderheit in Namibia gegenüber verhielt man sich außerordentlich re-

serviert, um sich somit deutlich von der Politik der Bundesrepublik abzugrenzen. Auch das westdeutsche Engagement zur Namibia-Frage wurde als besonderes Konfrontationspotential mit der Bundesrepublik gesehen. Dieser Aspekt verlor jedoch später an Bedeutung.

Im einzelnen entwickelten sich die Beziehungen der DDR zur Befreiungsorganisation in mehreren Etappen. Eine erste Etappe 1960-77 wurde vor allem durch politische Zusammenarbeit, Ausbildungshilfe und begrenzte paramilitärische Unterstützung bestimmt. 1977-1982 gab es eine neue Qualität, charakterisiert durch enge Kontakte auf hoher Ebene, Parteibeziehungen zwischen SED und SWAPO, eine deutliche Steigerung der materiellen Hilfe mit neuen Formen humanitärer Unterstützung und enge Zusammenarbeit im Militär- und Sicherheitsbereich. Schließlich kam in einer dritten Etappe 1982-89/90 eine strategische und konzeptionelle Kooperation hinzu, so wurden der SWAPO teilweise DDR-Berater zur Verfügung gestellt. Es ging um die zielgerichtete Vorbereitung der SWAPO auf Wahlen und die Übernahme der Macht nach der Unabhängigkeit. 1989/90 bei der Verwirklichung des Unabhängigkeitsplans und mit der Vorbereitung bilateraler staatlicher Beziehungen entwickelten sich Ansätze neuer Beziehungen, die aber nicht mehr zum Tragen kamen.

a) 1960-1977: Seit 1960 unterhielt die DDR Beziehungen sowohl zur SWAPO als auch zur South West Africa National Union (SWANU), letztere waren mit jährlichen DDR-Besuchen des SWANU-Vorsitzenden Jariretundu Kosonguizi 1960-63 zunächst sogar intensiver. Seit einem ersten Besuch von SWAPO-Präsident Sam Nujoma in der DDR 1962 verstärkte sich jedoch die Zusammenarbeit mit dieser Organisation. Der Rückgang der Beziehungen zur SWANU seit 1963 war auch deren Orientierung auf China geschuldet, was im wachsenden sowjetisch-chinesischen Konflikt in den 1960er Jahren in der Regel die „Exkommunikation“ durch Moskau nach sich zog. Schwerpunkt der bis 1973 vergleichsweise bescheidenen Unterstützung der DDR an die SWAPO waren berufliche Ausbildungsmöglichkeiten und propagandistische Unterstützung. Im Gefolge des Zusammenbruchs des portugiesischen Kolonialismus in Angola und mit dem Aufschwung des Befreiungskampfes der SWAPO nach 1974 strömten der SWAPO Tausende junger namibischer Flüchtlinge zu. Dies resultierte in extremen Schwierigkeiten bei Unterbringung, Versorgung und Ausbildung der Geflüchteten. Hier wie auch später in ähnlichen Krisensituationen reagierte die DDR schnell. Die Hilfe an die SWAPO wurde verfünffacht und 1975 noch einmal verdoppelt – auf eine Million Mark. Solche schnelle, oftmals auch qualitativ neuartige Unterstützung in Krisensituationen war das Markenzeichen der DDR-Solidarität für Befreiungsbewegungen. Möglich war dies, weil die notwendigen innerstaatlichen Entscheidungen kurzfristig eingeholt werden konnten. Die Unterstützung der Befreiungsbewegungen dieser Region passte in die vorherrschende Sicht vom internationalen Klassenkampf, und die Richtlinienkompetenz des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED, der nicht von demokratischen Entscheidungsfindungsprozessen abhängig war, machte solche Entscheidungen oft innerhalb von 24 Stunden möglich. Hinderlich für die Beziehungen zur SWAPO waren Vorbehalte in der DDR wegen interner Konflikte in der Organisation und deren Kontakte zur angolischen UNITA. Die politische Zuspitzung in der Namibia-Frage ließen solche jedoch Bedenken zurücktreten.

b) 1977-1982: Bei einer Reihe hochrangiger Kontakte von DDR-Offiziellen mit Sam Nujoma 1977-79 wurden die Weichen für eine massive Verstärkung der Kooperation gestellt. Dazu gehörten offizielle Parteibeziehungen zwischen SED und SWAPO und die Einrichtung einer SWAPO-Vertretung in der DDR. In SWAPO-Camps in Angola wurden Lehrer, Ärzte und Schwestern aus der DDR eingesetzt. Hunderte verwundeter namibischer Kämpfer wurden in der DDR medizinisch behandelt. Im Bereich der Ausbildung war die DDR wichtigster Partner der SWAPO. In knapp zehn Jahren kamen dazu mehr als 2.000 Namibier in die DDR, allein 1989 wurden dafür 6,2 Mio Mark ausgegeben. Große politische und emotionale Bedeutung hatte die Aufnahme von 400 namibischen Flüchtlingskindern zur Betreuung, Bildung und Ausbildung in der DDR (siehe hierzu auch den Artikel von Brigitta Schmidt-Lauber in diesem Band). Nach anfänglicher Zurückhaltung gewährte die DDR seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre der SWAPO auch verstärkt militärische Unterstützung. SWAPO-Militärs schätzten, dass die DDR einer ihrer Hauptlieferanten von Waffen, Ausrüstungen und Versorgungs-

gütern war, die Ausbildung in der DDR erfolgte auf hohem Niveau. Der heutige namibische Minister Hidipo Hamutenya sieht die militärische Unterstützung der DDR für die SWAPO im Rückblick nur von der der UdSSR übertroffen. Auch südafrikanische Militärs bewerteten die Ausbildung der SWAPO in der DDR als vergleichsweise effizient. Im Vergleich zur bisherigen Unterstützung der DDR für afrikanische Befreiungsbewegungen waren die Leistungen für die SWAPO seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre in Umfang und Qualität vielfach neu. Die Hilfslieferungen im humanitären Bereich wurden nur von denen der nordischen Länder übertroffen, erfolgten aber – im Unterschied zu diesen – ohne Auflagen. Bei all dem ging es der DDR auch um ein Gegengewicht zu den politisch-diplomatischen Bemühungen der westlichen Kontaktgruppe. Die Interessenlage der DDR und der SWAPO traf sich im Misstrauen gegenüber westlichen Aktivitäten, die als Unterstützung Südafrikas und Versuch der Schwächung der SWAPO gesehen wurden. Dieser Kontext wird im Nachhinein auch von Führern der SWAPO bestätigt. Eine Bewährungsprobe für die Beziehungen DDR-SWAPO gab es Anfang der 1980er Jahre, als einerseits die rasche Verwirklichung der Resolution 435 (1978) wenig aussichtsreich erschien, andererseits das DDR-Engagement in Afrika wegen neuer außenpolitischer Schwerpunkte und interner ökonomischer Probleme deutlich zurückgefahren wurde. Hinzu kam damals eine kritische Bewertung der SWAPO, ihre Führung sei politisch heterogen und prowestlich beeinflusst, ihr Kampf in Namibia selbst politisch und militärisch unzureichend. Die Nagelprobe über die Tiefe der bestehenden Beziehungen kam 1981/82, als Nujoma dringliche Nahrungsmittellieferungen, die Aufnahme weiterer Kinder sowie zusätzliche Waffenlieferungen erbat. Nicht zuletzt aufgrund des persönlichen Engagements von DDR-Führungsmitgliedern und von Honecker selbst erhielt die SWAPO umfangreiche Lebensmittellieferungen, obwohl das mit volkswirtschaftlichen Problemen für die DDR verbunden war, die materielle Hilfe wurde auf mehr als das Doppelte erhöht.

c) 1982-1989: In dieser Phase wurde vor allem die politische und konzeptionelle Zusammenarbeit vertieft. Während die Unterstützung für andere Partner in Afrika reduziert wurde, blieben Leistungen für die SWAPO (auch für den ANC Südafrikas) auf einem hohen Niveau, ja wurden teilweise noch erhöht. Wieder spielte der subjektive Faktor eine Rolle. Unter Ausnutzung Honeckers emotionaler Prädisposition für die „antiimperialistische Solidarität“ legte man Hilfslieferungen für Befreiungsbewegungen ihm direkt zur Entscheidung vor und neutralisierte so den Widerstand anderer Politbüro-Mitglieder.

Die Kooperation mit der DDR blieb – wie beabsichtigt – nicht ohne Einfluss auf Programmatik und Strategie der SWAPO. Die SWAPO-Führung versprach sich von der Ausbildung ihrer Funktionäre an SED-Parteischulen eine Stärkung der ideologischen Basis. Auf ihren Wunsch wurde eine grundsätzliche Konzeption zur Wirtschaftsentwicklung Namibias erstellt, die Grundlage inhaltlicher Diskussionen mit DDR-Vertretern war. Letztere hielten sich dabei allerdings mit gesellschaftspolitischen Orientierungen sehr zurück. Für eine große Gruppe des SWAPO-Führungskaders wurde 1983 in der DDR ein zweimonatiger Lehrgang zu Wirtschaftsfragen durchgeführt, andere Seminare folgten. SWAPO-Funktionäre bezeichneten die praxisorientierten Veranstaltungen wegen der vermittelten Erfahrungen als wertvoll. Analoges gab es zu Verfassungs- und Volksbildungsfragen. Ausdruck des Vertrauensverhältnisses zwischen DDR und SWAPO war auch, dass DDR-Vertreter im Auftrag der SWAPO inkognito mit westdeutschen Pässen Namibia bereisten, um die politische Stimmung zu sondieren und Kontakte zu knüpfen. Form und Atmosphäre der Zusammenarbeit spielten eine wichtige Rolle. Hidipo Hamutenya erinnert sich an sehr gute, ernsthafte Diskussionen in der DDR: „They took us serious, they saw us – I think -as the leaders of the Namibian people in waiting. And they treated us with respect.“ Der als Berater der SWAPO-Führung in Luanda eingesetzte Professor Johannes Pilz hatte den Auftrag, die SWAPO in keiner Weise zu bevormunden. Pilz sollte sich auf freimütige Diskussionen, auf Denkanstöße konzentrieren, nicht auf die Ausarbeitung und Vermittlung fertiger Konzepte. Seine namibischen Partner bestätigten, dass er ihnen nahe legte, eigene Vorstellungen zu entwickeln und nicht die DDR zu kopieren. In Namibia gehe es um die Herstellung stabiler demokratischer Verhältnisse, nicht um eine sozi-

alistische Entwicklung des Landes. All das geschah vor dem Hintergrund des erwähnten „neuen Denkens“ in der DDR-Afrikapolitik der 1980er Jahre.

Auf dem Höhepunkt des Unabhängigkeitsprozesses verstärkte die DDR ihre Hilfe für die SWAPO noch einmal massiv, so wurden z. B. im Jahr 1989 16,0 Mio Mark hierfür ausgegeben, mehr als jede andere afrikanische Befreiungsbewegung in irgendeinem Jahr bekam. Projekte in dieser Phase schlossen die Ausbildung einer großen Gruppe von Sicherheitskräften, insbesondere im Personenschutz, ein. Ausführliche Konsultationen Sam Nujomas in der DDR unmittelbar vor seiner Rückkehr nach Namibia fokussierten auf Wahlen und Unabhängigkeit, aber auch auf die künftige bilaterale Zusammenarbeit. Beschlüsse der DDR zu den Beziehungen zum unabhängigen Namibia schlossen auch die Entwicklung umfangreicher wirtschaftlicher Beziehungen ein.

Die Beziehungen zwischen der DDR und der SWAPO waren durchaus stark persönlich beeinflusst und geprägt. Das galt nicht nur für die Führungsebene. Ihre Nachhaltigkeit erhielten sie vor allem durch Beziehungen zwischen Menschen: in den Flüchtlingslagern in Angola und Sambia, an Ausbildungsstätten, in Krankenhäusern und Rehabilitationsstätten, Schulen und Kindergärten in der DDR. So zentralistisch Solidarität in der DDR gesteuert, so sehr sie politisch instrumentalisiert war, sie war vielen Menschen auch Herzenssache. Es gab spontane Reaktionen, Familien, die verwundete Namibier zu sich einluden, mit ihnen Ausfahrten organisierten, sie mit in die Kirche nahmen. Zahlreiche nachhaltige persönliche Freundschaften entstanden. Spendenaktionen brachten überraschend hohe Ergebnisse, so wurden von einer Kinderzeitschrift 950.000 Spielzeuge für namibische Flüchtlingskinder gesammelt, größtenteils von Einzelspendern, zumeist Kindern. Unzulänglichkeiten der DDR-Mangelwirtschaft wurden oft durch persönliches Engagement ausgeglichen.

Die umfangreiche politisch-diplomatische und materielle Unterstützung sowie Ausbildungshilfe machte die DDR zu einem der wichtigsten Verbündeten der SWAPO, der immer dann zur Stelle war, wenn sich die SWAPO in Schwierigkeiten befand. Dabei wurde auch Einfluss auf die SWAPO genommen. SWAPO-Führer bestätigen eine solche auch konzeptionelle Einflussnahme bei Konsultationen auf Führungsebene als „policy making“. Innere Probleme der SWAPO wurden in der Regel ausgeklammert. Kritische Diskussionen gab es auf dieser Ebene nicht, es gab sie aber auf Arbeitsebene, wo auch „heiße Eisen“ angesprochen wurden. Grundsätzlich aber galt auch dort das Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheiten des Partners. Darauf wurden auch Vertreter rebellierender SWAPO-Jugendlicher verwiesen, die 1976 bei der DDR-Botschaft in Lusaka vorsprachen. Diese Zurückhaltung vor allem auf hoher Ebene hat der DDR mögliche Belastungen in den Beziehungen erspart. Ob sie sich allerdings angesichts des bestehenden Vertrauensverhältnisses immer rechtfertigen ließ, ist mehr als fraglich.

1989/90 in Namibia: Von der Konfrontation zur deutsch-deutschen Kooperation

Eine Gemeinsame Entschließung aller Bundestagsparteien am 24. Februar 1989 erklärte Namibia zu einem „besonderen Schwerpunkt deutscher Entwicklungszusammenarbeit“. Eine Gutachterkommission erstellte 1989 im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeiten eine Grundlagenstudie zu den Entwicklungsbedürfnissen Namibias. 50 Bundesgrenzschutzbeamte nahmen an der zivilen Komponente der UN-Übergangshilfsgruppe (UNTAG) teil. Bonn entsandte eine Diplomatische Beobachtermission nach Windhoek, hinzu kamen zahlreiche Delegationen unterschiedlichster Institutionen.

Auch in der DDR wurden vor der endgültigen Einigung über die Verwirklichung des Unabhängigkeitsplans für Namibia Beschlüsse zur aktiven Mitwirkung gefasst. Politisch wurde mit der Entsendung einer Diplomatischen Beobachtermission die Unterstützung der Resolution 435 und die aktive Beteiligung an deren Verwirklichung demonstriert. Hier wie auch mit dem Einsatz von Polizeibeobachtern bei der UNTAG wollte man Einfluss auf eine korrekte Durch-

führung der Wahlen nehmen und gleichzeitig auch westlichen Dominanzbestrebungen entgegenwirken. DDR-Positionen in der UNO sollten gestärkt, aber auch Beziehungen zum unabhängigen Namibia vorbereitet werden. Dabei spielten auch ökonomische Überlegungen eine Rolle. Stärker jedoch als in der Vergangenheit war diese Haltung von eigenen Interessen bestimmt, was auf das „Neue Denken“ in der Afrika-Politik der DDR zurückging. Ideologische Prämissen spielten nicht mehr die entscheidende Rolle, man löste sich von der sowjetischen Bevormundung. So wurden etwa Warnungen eines leitenden sowjetischen Diplomaten dahingehend, daß die Entsendung einer diplomatischen Mission nach Windhoek als de facto-Anerkennung der südafrikanischen Okkupation Namibias interpretiert werden könne, ignoriert. Was Jahre zuvor noch undenkbar gewesen war: die DDR entzog sich der Kontrolle der östlichen Führungsmacht und ging in dieser Frage eigene Wege. Auch die Sowjets korrigierten dann ihre eigene Haltung sehr schnell und tauchten ebenfalls mit einer Mission in Windhoek auf.

Unabhängig von der anhaltenden Unterstützung der DDR für die SWAPO hatten die DDR-Diplomaten in Windhoek strikte Weisung, sich als Beobachter neutral zu verhalten und vorbehaltlos den UN-Namibiaplan zu unterstützen, die Beobachtermission wurde nicht in Hilfsleistungen für die SWAPO einbezogen. Ihre Präsenz stellte jedoch für die SWAPO einen wichtigen vertrauensbildenden Faktor dar und förderte auch so den UN-Unabhängigkeitsprozess. Die erwähnte aktive Beobachterrolle der DDR-Vertreter ermöglichte eine problemlose Kooperation mit den Diplomaten der Bundesrepublik. Das gemeinsame Interesse, die Resolution 435 durchzusetzen, war groß, zumal der Unabhängigkeitsprozess durch Störaktionen sowohl der Südafrikaner als auch durch einen leichtfertigen militärischen Grenzübertritt der SWAPO am seidenen Faden hing. Die Diplomaten beider deutschen Staaten arbeiteten ähnlich wie viele ihrer Kollegen aus Ost und West im Interesse der Verwirklichung des UN-Unabhängigkeitsplans für Namibia in Windhoek sehr kooperativ zusammen, auch um die schwierige Position des Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs, Martti Ahtisaari, zu stärken.

Eine solche konstruktive Haltung der DDR zur Verwirklichung der Sicherheitsratsresolution 435 und ein ausgeprägter Realismus im Hinblick auf die Unabhängigkeit Namibias hatten sich bereits einige Jahre vorher abgezeichnet. 1986 war der Berater der SED für die SWAPO, Johannes Pilz, instruiert worden, die DDR strebe im unabhängigen Namibia eine gleichberechtigte Position analog der der Bundesrepublik an, deren wichtiger Einfluss nicht zuletzt durch die deutsche Minderheit als gegeben angenommen wurde. Beziehungen zum unabhängigen Namibia wurden nicht mehr unter dem Gesichtspunkt deutsch-deutscher Rivalität konzipiert. Pilz konnte sogar in Richtung einer künftigen sinnvollen ost-westdeutschen Kooperation in Namibia nachdenken und entsprechend auftreten. Auch in der internen Begründung für das Engagement der DDR beim Unabhängigkeitsprozess Namibias spielten Konfrontation oder Rivalität mit der Bundesrepublik keine Rolle. In der Praxis der diplomatischen Missionen beider deutscher Staaten in Windhoek überwog eindeutig die Kooperation, denn auch viele der zahlreichen westdeutschen Delegationen suchten Kontakte zu den DDR-Vertretern. Insgesamt arbeiteten die diplomatischen Vertretungen aus Ost und West in Namibia in bis dato selten praktizierter Einmütigkeit zusammen. Gleiches galt für die ost- und westdeutschen UNTAG-Polizeibeobachter, die teilweise an gemeinsamen Einsatzorten operierten.

Beide deutsche Staaten bereiteten die Entwicklung ihrer Beziehungen zu einem unabhängigen Namibia auch im großen Bereich der wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit vor. Die Bundesrepublik entsandte eine umfangreiche Expertendelegation nach Namibia und ließ eine 14-bändige Grundlagenstudie zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes erstellen. Auch die DDR entsandte im Herbst 1989 eine Wirtschaftsdelegation zur Sondierung der Möglichkeiten ökonomischer Kooperation. So schienen die großen Erwartungen unterschiedlicher politischer Kräfte in Namibia hinsichtlich eines zukünftigen deutsch-deutschen Engagements im unabhängigen Namibia nicht ganz unberechtigt. Mit dem Untergang der DDR im Jahr der Unabhängigkeit Namibias konzentrierte man sich aber schnell auf die Kräfte aus der alten Bundesrepublik. Hoffnungen auf eine Wettbewerbssituation zwischen

beiden deutschen Staaten wurden gegenstandslos. Stattdessen wurden im Vereinigungsprozess und mit den Entwicklungen in Osteuropa im vereinten Deutschland ganz andere Prioritäten gesetzt. Afrika wurde nach dem Ende des Ost-West-Konflikts marginalisiert. Davon war auch Namibia betroffen, wenngleich das deutsche entwicklungspolitische Engagement hier immer noch vergleichsweise hoch war.

Die hohen Erwartungen beider Seiten machten nach zeitweiligen Enttäuschungen und Irritationen einer nüchterneren Betrachtung Platz. Irritationen gab es über die konkrete deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Namibia. Die angebotenen 100 Mio. DM wurden als „weicher“ Kredit, nicht als nichtrückzahlbarer Zuschuss gewährt. Schließlich einigte man sich auf eine Finanzielle Zusammenarbeit von 75 Mio. und eine Technische Zusammenarbeit von 25 Mio. DM. 25 der insgesamt 75 Mio. Finanzielle Zusammenarbeit sollten als „weiches“ Darlehen gegeben werden; die TZ-Hilfe war gänzlich als Zuschuss angelegt. Deutschland war damit wichtigste Gebernation für Namibia: pro-Kopf der Bevölkerung erhielt Namibia damals die umfangreichste deutsche Entwicklungshilfe. Die bilateralen deutsch-namibischen Beziehungen entwickelten sich sehr positiv, auch wenn sie namibische Hoffnungen aus der Zeit vor der Unabhängigkeit wohl nicht erfüllten. Die ausgesprochen kritische Haltung der deutschen Politik gegenüber innenpolitischen Entwicklungen in Namibia wie z. B. einer dritten Amtszeit des Präsidenten, aber auch gegenüber der namibischen Intervention im Kongo, werden von Namibia offenkundig nicht als erstrebter Inhalt „besonderer Beziehungen“ gesehen. Das gilt wohl mehr für die ökonomische Zusammenarbeit. Wenn sich auch nicht alle damit verbundenen namibischen Hoffnungen auf eine stärkere ökonomische Unterstützung aus Deutschland erfüllt haben, so unterscheiden häufige Kontakte auf hoher Ebene und eine recht breite entwicklungspolitische Zusammenarbeit – hier sind vor allem auch die Aktivitäten zahlreicher Nichtregierungsorganisationen zu nennen – die Beziehungen Deutschlands zu Namibia von denen zu anderen afrikanischen Staaten. Es steht außer Zweifel, dass die Grundlagen dafür in den drei Jahrzehnten vor der Unabhängigkeit Namibias gelegt wurden.

Veröffentlicht in: Larissa Förster/Dag Henrichsen/Michael Bollig (Hg.): Namibia-Deutschland. Eine geteilte Geschichte. Widerstand-Gewalt-Erinnerung [Ethnologica Neue Folge, Band 24], Köln 2004



Nr. 20/05 – 10.10.2005

Namibia dankt der DDR

Von Hartwig Hohnsbein

Im Internet meldeten zwei deutsche Weltumsegler aus Namibia eine „seltsame Entdeckung“: Nach einer „wunderbaren Reise durch ein herrliches Land“ mit „Einblicken in die ungewöhnliche koloniale Vergangenheit Deutschlands“ hatten sie auf der Titelseite der Windhuker „Allgemeinen Zeitung“ vom 22. März 2005 zwei Bilder entdeckt, die sie empörten. Die Fotografien zeigten die Regierungschefs aller afrikanischen Staaten, die zur 15. Unabhängigkeitsfeier am 21. März 2005 nach Namibias gekommen waren, und mitten unter ihnen, auf einem Ehrenplatz gleich neben der neuen First Lady des Gastgeberlandes, Penexupifo Pohamba, sah man wen? Margot Honecker.

„Irrtümliche Einladung? Wurde die Einladung eventuell noch von unseren Entwicklungsgeldern bezahlt?“ fragten die Weltumsegler und stellten dann, etwas ratlos, fest: „Natürlich konnten wir nicht in Erfahrung bringen, wie die rote Margot zu dieser Einladung kam.“

Sie hätten sich darüber bei einem Rundgang durch die Hauptstadt des Landes durchaus kundig machen können, zum Beispiel in der 1892 erbauten „Alten Feste“, dem ältesten Gebäude der Stadt. Bis 1915 war es die Unterdrückungszentrale der deutschen Kolonialherrschaft in „Deutsch-Südwestafrika“. Heute ist hier das Staatsmuseum untergebracht, in dem die namibische Geschichte seit etwa 1850 eindringlich dargestellt wird – für deutsche Besucher eine beschämende Begegnung. Aus der Zeit, als die Rheinische Missionsgesellschaft ihre ersten Stationen errichtete, ist unter anderem eine riesige Kanzelbrüstung erhalten; in den Erläuterungen dazu heißt es: „Das Christentum ebnete den Weg für den Kolonialismus.“ Am brutalsten zeigte sich der deutsche Kolonialismus im Ausrottungskrieg gegen die Hereros vor hundert Jahren, aus dem Marterwerkzeuge und Bilder mit Folterszenen überliefert sind.

Umfassend ist der lange, harte Weg zur Unabhängigkeit dokumentiert: der 30jährige Kampf der Befreiungsbewegung SWAPO und ihres langjährigen Präsidenten Sam Nujoma gegen das südafrikanische Apartheidregime und dessen Unterstützer. Zur Erinnerung: Auf der Gegenseite spielten westdeutsche Banken und Industrieunternehmen und besonders der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß eine führende Rolle. Strauß bezeichnete die Forderung nach Abschaffung des Apartheid-Systems als „gespenstisch unreal“ und bewertete die Forderung nach gleichem Stimmrecht in Südafrika und Namibia als „im Ergebnis menschenfeindlich und in hohem Maße unchristlich“, wodurch „dem Chaos der Weg gebahnt würde“.

Ganz in diesem Sinne hatte der CDU-Bundestagsabgeordnete Volkmar Köhler (Wolfsburg), kurz bevor er 1982 in der Regierung Kohl der für die „Entwicklungshilfe“ zuständige Staatssekretär wurde, hinsichtlich der südafrikanischen Befreiungsbewegung ANC und der namibischen SWAPO erklärt, es gelte, „einer gewalttätigen Politik vorgeblicher Befreiung entgegenzuwirken“.

Diese jüngere deutsche Geschichte mit ihrem Rassendünkel soll in unserem Einheitsstaat nun vergessen werden. Deshalb erzählt das Auswärtige Amt heute, 2005, dem Internet-Benutzer dies: „Seit der Unabhängigkeit Namibias 1990 haben sich freundschaftliche und umfassende Beziehungen zwischen beiden Ländern entwickelt... Damit wurde der besonderen Verantwortung Deutschlands für seine koloniale Vergangenheit ebenso Rechnung getragen wie dem Engagement der Bundesregierung (!; H.H.) und zahlreicher Kreise der deutschen Bevölkerung für die Unabhängigkeit des Landes.“ Gegen diese Darstellung und gegen das Vergessen muß man einwenden, was der Namibia-Kenner Henning Melber im Freitag richtig geschrieben hat: „Vor 1989 hat die alte Bundesrepublik herzlich wenig zur Unterstützung des antikononialen Befreiungskampfes der SWAPO gegen die völkerrechtswidrige südafrikanische Besatzung beigetragen“, und man muß an die Worte jenes namibischen Regierungspolitikers erinnern, die der erste Botschafter der Bundesrepublik im unabhängigen Namibia, Harald Ganns, zustimmend zitierte: „Wenn es nur die Westdeutschen gegeben hätte, wären wir heute noch im Exil.“

Allerdings: In den Jahrzehnten vor 1990 gab es noch die anderen Deutschen, die Bürger der DDR und ihre Regierung, die „das Feld internationaler Solidarität weitgehend bestellten“ (Melber). Von hier wurden seit den 70er Jahren Kontakte zu Sam Nujoma hergestellt; von hier wurden Lehrer, Ärzte und Schwestern in die SWAPO-Camps in Angola entsandt, die immer wieder von den südafrikanischen Terrorbanden überfallen wurden; von hier kamen auch vielfältige materielle Hilfen. Und schließlich: Ab 1979 fanden in der DDR 400 namibische Kinder aus den Kriegsgebieten liebevolle Aufnahme und Betreuung, und diese Hilfsaktion wird im Staatsmuseum in der „Alten Feste“ ausdrücklich gewürdigt, mit Bildern, die das Leben der geretteten Kinder in ihrer neuen Umgebung dokumentieren – Lichtblicke der Menschlichkeit, die aus Deutschland nach Namibia kamen, und die einzigen Zeichen, die das offizielle Deutschland in seiner Beziehung zum namibischen Volk in der Zeit seines Befreiungskampfes entlasten.

In einem Bericht, der erfreulicherweise in das DuMont-Reisetaschenbuch über Namibia aufgenommen wurde, erinnert sich ein Junge, der 1985 in die DDR gerettet wurde: „Erst kam ich nach Bellin (Landkreis Güstrow; H.H.) und dann nach Staßfurt. Deutsch haben wir schnell

gelernt und auch viele Freunde gefunden... Es war eine sehr schöne Zeit. Wir haben sicher und gut gelebt.“ Selbst Springers Hamburger Abendblatt urteilte 2003 in einem Artikel über das Jagdschloß Bellin, wo „die namibischen Kriegswaisen und Flüchtlingskinder... auf Betreiben von Margot Honecker... vorübergehend Heimat gefunden“ hatten: „Das war für die Kinder... ein Segen“. Deshalb erhielt sie auch von dem damaligen Präsidenten der Republik Namibia, Sam Nujoma, im Dezember 2004 einen Brief nach Chile, in dem es heißt: „In Anerkennung unserer freundschaftlichen persönlichen Beziehungen und in Hochachtung für Sie und Ihren verstorbenen Ehemann, unseren lieben Freund, den hingschiedenen Erich Honecker, der half, die Befreiung unseres Landes voranzubringen, und für Ihre Verdienste bei der Fürsorge um so viele namibische Bürger während des Befreiungskampfes habe ich das außergewöhnliche Vergnügen, Sie im Namen des Volkes und der Regierung der Republik Namibia einzuladen, den 15. Jahrestag der Unabhängigkeit mit Ihrer Anwesenheit zu beehren.“

Viele namibische „DDR-Kinder“ sind inzwischen in führende Positionen gekommen; für ihre „schönen Erinnerungen“ danken sie der DDR ähnlich wie ihr langjähriger Präsident, der am 15. Unabhängigkeitstag sein Amt an Hifikepunye Pohamba übergab.

Fanatische DDR-Abwickler haben das selbstverständlich ignoriert; darum haben wir es hier nachgetragen.

Hartwig Hohnsbein, Pfarrer in Göttingen, beschäftigt sich schon länger intensiv mit der Rolle der Amtskirchen in der Nazi-Zeit.